

LANDESHAUPTSTADT DRESDEN

- Stadtrat -

Antrag Nr.: A0235/21

Datum: 17. Januar 2022

BESCHLUSSEMPFEHLUNG - federführend

des Ausschusses für Finanzen
(F/036/2022)

über:

Keine Kürzungen bei Bus und Bahn. Gutachterirrsinn beenden. Dresdner Verkehrsbetriebe stärken!

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat möge beschließen:

1. Der Stadtrat erklärt, dass die Landeshauptstadt Dresden als 100%ige Anteilseignerin der Technische Werke Dresden GmbH (TWD), die ihrerseits 100%ige Anteilseignerin der Dresdner Verkehrsbetriebe AG (DVB) ist, an allen Beschlüssen zum Erhalt und zum weiteren Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) in Dresden festhält (insbesondere Projekt Stadtbahn 2020; Verkehrsentwicklungsplan 2025; Stadtratsbeschluss „Straßenbahn und Bus in Dresden ausbauen - Anteil des ÖPNV deutlich erhöhen!“ vom 21.03.2019).
2. Der Stadtrat weist alle Spekulationen zum Rückbau des Dresdner Nahverkehrs im Zusammenhang mit dem von Oberbürgermeister Dirk Hilbert als Aufsichtsratsvorsitzendem der TWD veranlassten und vor Vorstellung im Aufsichtsrat der TWD am 22.06.2021 in die Öffentlichkeit lancierten Gutachten der PricewaterhouseCoopers GmbH (PwC) zurück.
3. Insbesondere weist der Stadtrat alle Vorschläge zurück, die darauf abzielen,
 - a) Leistungsangebote der Dresdner Verkehrsbetrieb zu reduzieren (Linien- oder Takteinschränkungen, Reduzierung des Nachtverkehrs usw.),

Erläuterung:

1. redaktionelle Änderungen = unterstrichene Textteile
2. Änderungen Gremium = unterstrichen bzw. durchgestrichen sowie fett hervorgehoben

...

- b) Personalstellen in der DVB abzubauen,
 - c) Straßenbahnlinien durch Buslinien zu ersetzen,
 - d) von der DVB bisher in Eigenregie betriebene Linien an private Unternehmen zum Zwecke des Lohndumpings auszulagern,
 - e) das beschlossene Investitionsprogramm oder
 - f) attraktive Nahverkehrstarife in Frage zu stellen.
4. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, zu prüfen, inwieweit das PwC-Gutachten dem tatsächlichen Untersuchungsauftrag der TWD entsprach, und soweit es diesem nicht entsprach, inwieweit das Beratungsunternehmen PwC für die infolge der Veröffentlichung des Gutachtens entstandenen moralischen und finanziellen Schäden der DVB in Regress genommen, von weiteren Auftragsvergaben durch die Landeshauptstadt Dresden oder deren Tochter- und Enkelunternehmen ausgeschlossen oder anderweitig sanktioniert werden kann.

Abstimmung über die Punkte 1 bis 4:

7 JA, 7 NEIN, 1 Enthaltung

Ergebnis:

Ablehnung

5. Der Stadtrat stellt fest, dass die Dresdner Verkehrsbetriebe AG zur ordnungsgemäßen Erfüllung ihrer Aufgaben künftig einen Zuschuss von mindestens 65 Millionen Euro jährlich benötigt. Abhängig von den steigenden Anforderungen an eine klimaneutrale Verkehrspolitik, der demografischen Entwicklung der Stadt und von relevanten Tarif- und Preisentwicklungen muss dieser Betrag in den Folgejahren angepasst werden.
6. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die Mittel für die Zuschüsse entsprechend Punkt 5, soweit sie voraussichtlich nicht durch den TWD-Querverbund realisiert werden können, in den künftigen Haushaltsentwürfen der Landeshauptstadt Dresden einzuplanen.

Abstimmung über die Punkte 5 und 6:

3 JA, 11 NEIN, 0 Enthaltungen

Ergebnis:

Ablehnung

Abstimmung: punktweise Ablehnung

Dr. Peter Lames
Vorsitzender

Erläuterung:

- 1. redaktionelle Änderungen = unterstrichene Textteile
- 2. Änderungen Gremium = unterstrichen bzw. durchgestrichen sowie fett hervorgehoben